

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Feiertagen ausgenommen. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen deutsche Postanstalten Postbestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Frankreich, Belgien, das Saar und Württemberg sowie die früheren deutschen Reichsteile Polens und Luxemburg M. 20.—, für das übrige Ausland M. 30.—. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 6-8

Die neugegründete Kompartijewski oder deren Name kostet 6.— M., einschließlich Anfertigung. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Anfertigung. Große Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 3,75 M. netto pro Zeile. Streifen-Bestellung in Wort-Anzeigen: Das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

FREIHEIT

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Nottschrei der Städte

Die Rundgebung im Reichstag

Der Deutsche Städtetag und der Reichsstädtebund traten heute vormittag im Reichstag zu einer großen Rundgebung zusammen. Der Saal war von den in großer Zahl erschienenen Vertretern der Städte und Gemeinden überfüllt. Auf der Regierungsbank hatten Vertreter des Reichsrates, der Reichsregierung und des Reichstagspräsidenten, am Bundesratsstische die Vorstandsmitglieder des Städtetages Platz genommen.

Oberbürgermeister Voß, Berlin, eröffnet die Tagung mit einleitenden Worten über ihre Bedeutung. Die verarmtesten Organisationen vertreten 27 Millionen Menschen in 1400 Städten. Es handelte sich um eine einheitliche Rundgebung, die durch keinen Mißton gestört werden sollte.

Das Referat hielt dann Oberbürgermeister Voß, Berlin, selbst. Er schilderte die Finanznot der Gemeinden als eine Folge der Geldentwertung und der gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem Kriege. Die so oft empfohlene Spararbeit werde in den Gemeinden bereits betrieben, wenn aber Straßenbahnen stehen, die Armen keinen Ausweg mehr wissen, dann hat die Not einen Grad erreicht, der durch Spararbeit nicht mehr zu beseitigen ist. Viele Gemeinden haben schon zu Mitteln gegriffen, die nicht zu verantworten sind. Wenn Reich und Länder zugrunde gehen, so werden immer wieder die Gemeinden die Zellen des Neuaufbaues bilden. Deshalb ist der Nottschrei der Gemeinden keine leere Demonstration. Es geht es einfach nicht weiter! (Stürmische Zustimmung.)

Die Erklärung der Reichsregierung bei der ersten Lesung der neuen Besoldungsordnung bedeutet für die Städte eine schwere Enttäuschung. Sie lautet: „Da den Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden vorwiegend die Mittel zur Deckung der höheren Beamtenbesoldung nicht zur Verfügung stehen werden, ist das Reich bereit, zunächst für die Jahre 1921/22 den einzelnen Ländern, soweit sie Besoldungsverbesserungen vornehmen, Vorschüsse in Höhe des Mehrbedarfs in Anrechnung auf die später erwarteten Mehrerlöse durch Ueberweisungen zu geben. Sollte die Erwartung nicht in Erfüllung gehen, daß der Mehrbedarf der Länder durch Mehreinnahmen gedeckt wird, so wird zwischen dem Reich und den Ländern eine Vereinbarung über Vorschüsse getroffen. Den Gemeinden und Gemeindeverbänden sollen die Länder die erforderlichen Vorschüsse leisten. Soweit die Länder die Mittel dazu nicht zur Verfügung haben, wird das Reich auch hierzu die erforderlichen Zuschüsse in Erwartung späterer Mehreinnahmen gewähren!“

Die Städte wollen nicht mehr auf die Gnade von Reich und Länder angewiesen sein. Die verlausulierte Hilfe des Reiches sei in Wahrheit gar keine Hilfe, sondern nur die Gelegenheit zu neuen Schulden. Vor allem aber bedeutet die Kontrolle der Regierung den Tod der Selbstverwaltung. Den Gemeinden müsse

endlich die Beteiligung an den Einnahmequellen des Reiches festgestellt werden, örtliche Einnahmequellen und Realsteuern müssen den Gemeinden überlassen bleiben. (Stürmischer Beifall.)

In der Debatte beteiligten sich Oberbürgermeister Dr. Sellian, Bürgermeister Dr. Schön-Gumbinnen, Bürgermeister Köppler-Zell, Stadtverordneter Kohlmann-Dresden, Oberbürgermeister Schmid-München.

Die Auffassung der sozialistischen Kommunalpolitik vertrat Beigeordneter Bruno Nisch, Höchst (UGP):

Er führte aus, daß bei der gegenwärtigen Rundgebung es eine Ausschaltung des Städtetages bedeute, wenn nicht ein deutliches Wort über die Besoldungsordnung selbst gesprochen werde. Es müsse unbedingt verlangt werden, daß bei einer solchen Besoldungsordnung nicht den Gemeinden große finanzielle Lasten auferlegt werden, die Gemeinden nicht Objekt, sondern Subjekt der Gesetzgebung sein müssen und an der Gestaltung solcher Gesetze mitwirken. Die gegenwärtige Besoldungsordnung habe unter den Betroffenen einen Schrei der Entrüstung ausgelöst. Die unteren und mittleren Beamten werden in einer Weise behandelt, die schärfsten Protest herausfordere. Während man die oberen Beamten durch die Teuerungszulagen wiederum erheblich ausgebessert hat, haben die Gehälter der unteren und mittleren Beamten zum Teil gar keine, zum Teil eine unzureichende Aufbesserung erfahren. Insofern müssen also den Gemeinden, die mit der Beamtenchaft viel unmittelbarer arbeiten müssen als Reich und Länder, darnach trachten, die Lebenshaltung und die Arbeitsrendigkeit der Beamten zu erhalten und deshalb eine Mitwirkung bei der Besoldungsordnung fordern. Weiter müsse gefordert werden, daß die Novelle zum Landessteuergesetz, die die steuerliche Autonomie der Gemeinden wiederherstelle, sofort verabschiedet werde. Im Sinne seiner Ausführungen brachte Genosse Nisch folgende Resolution ein:

Die deutschen Städte protestieren dagegen, daß die neue Besoldungsordnung ohne Mitwirkung der Gemeinden geschaffen worden ist, obwohl die Städte durch die notwendige Gleichstellung ihrer Beamten, Angestellten und Arbeiter mit denen des Reiches und der Länder im härtesten Maße interessiert sind.

Die ungenügende Berücksichtigung der unteren und mittleren Beamten bei unverhältnismäßiger reichlicher Aufbesserung der höheren Beamten begegnet dem schärfsten Widerspruch der Städte. Der Städtetag verlangt aus diesem Grunde, daß die neue Besoldungsordnung unter Wahrung der sozialen Gesichtspunkte umgearbeitet wird.

Bruno Nisch, Dr. Herz, Dr. Weiz, Stadtrat Weise. Im weiteren Verlauf der Debatte wandte sich Oberbürgermeister Wagner-Breslau gegen diese Entschließung. Wir werden über den ferneren Verlauf der Tagung in der nächsten Nummer der „Freiheit“ berichten.

Vor einem Ausnahmegegesetz in Polen

Kommunisten für vogelfrei erklärt

Der polnische Staat, dessen innere Zustände auch nach der Proklamierung der Republik von Kultur recht wenig spüren lassen, schied sich gegenwärtig an, ein Ausnahmegegesetz gegen revolutionäre Arbeiter zu schaffen, das geeignet ist, Polen auf eine Stufe mit Horthy-Ungarn zu stellen.

In Polen wurden bisher politische Anklagen auf Grund der berichtigten Paragraphen 102, 103 und 126 des alten zarischen Strafgesetzbuches („Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung“ usw.) erhoben. Diese unter der zarischen Herrschaft erprobten Strafgesetze werden nun von den herrschenden Kreisen der „demokratischen Republik“ Polen als ungenügend erklärt. Vor einigen Wochen brachte die nationaldemokratische Partei einen Gesetzesantrag im Parlament ein, der zusammengefaßt darauf hinausläuft, daß jede kommunistische Propaganda als Hochverrat erklärt wird. Nach den bisherigen Strafbestimmungen konnten nur Urteile von einigen Jahren Zuchthaus oder Gefängnis zuerkannt werden. Nach dem nun geplanten Ausnahmegegesetz würden Strafen von über zehn Jahren Zuchthaus, ja sogar Todesstrafen, zudiktiert werden können. Dies geht klar hervor aus den Kommentaren der nationaldemokratischen Presse, die für kommunistische Propaganda die Todesstrafe fordert!

Am 26. Oktober wurde im Landtag über den nationaldemokratischen Gesetzesentwurf verhandelt. Die juristische Kommission des Landtages hatte die bestehenden Gesetze als ausreichend erklärt und die Ablehnung des Antrages beschlossen. Der Berichterstatter der Kommission, der Abgeordnete Rezykowski (Polen) brachte es jedoch fertig, das ablehnende Votum der Kommission so zum Vortrag zu bringen, daß sein Bericht sich in ein Plädoyer für das abgelehnte Ausnahmegegesetz verwandelte. Nach ihm sprach der berühmte Pogromantisemit Lutoslawski, der die schärfsten Maßnahmen gegen die Kommunisten forderte. Darauf wurde die Debatte geschlossen und der Antrag des Abgeordneten Skulski angenommen, die Angelegenheit der vereinigten juristischen und administrativen Kommission zu übergeben und diese zu beauftragen, binnen zwei Wochen ein Gesetz gegen die Kommunisten auszuarbeiten. Die anwesenden zahlreichen Vertreter der polnischen Sozialistischen Partei (P. S.) protestierten weder gegen die Abwägung der Debatte, noch gegen den schmachtvollen Beschluß des Parlaments!

Die bürgerliche Presse und in erster Linie die Presse der Nationaldemokraten hat den Beschluß des Landtages mit Genugtuung hingenommen und ist dessen sicher, daß der binnen weniger Tage zu erwartende Gesetzesantrag vom Landtag angenommen wird. Von welchem Geiste die herrschenden Parteien Polens erfüllt sind, geht aus den Kommentaren der einflussreichen nationaldemokratischen Presse hervor. Ihr Hauptorgan „Gazeta Warszawska“ solidarisierte sich vollkommen mit den Pogromisten Lutoslawski. Und die mehr für die breiten Volkskreise bestimmte „Gazeta Poranna“ schrieb am 28. Oktober, indem sie nicht nur die Notwendigkeit des Ausnahmegesetzes, sondern auch die Notwendigkeit seiner schärfsten Anwendung betonte, folgendes:

„Der Kommunismus ist nichts anderes als ein Werkzeug in den Händen der internationalen jüdischen Verschwörung, die, nachdem sie im Rußland Besitz ergriffen, nach der Herrschaft über die ganze Welt, vor allem aber über Polen strebt. Die kommunistische Agitation ist folglich ein Attentat auf unsere Unabhängigkeit; ihr Ziel ist die Unterwerfung Polens unter die Macht des Moskauer jüdischen Imperialismus. Wer diese Agitation fördert, macht sich des Hochverrats und der Zusammenarbeit mit den äußeren Feinden Polens schuldig. . . . Deshalb ist ein Kommunist tausendmal schlimmer und gefährlicher als ein Bandit, und wenn wir Banditen zum Tode verurteilen, so dürfen wir um so weniger zögern, diese Strafe gegenüber den Kommunisten anzuwenden. . . . Mit den Kommunisten muß man nicht nur wie mit Betrütern Polens verfahren, sondern wie mit einer Bande der größten Verbrecher, die mit Hilfe von Nord, Brandstiftung und Plünderung die christliche Kultur vernichten wollen, um auf ihren Trümmern die Herrschaft des Satans aufzurichten. Es gibt keine noch so scharfen Maßnahmen, die ausreichend wären, um gegen die immer frecher werdende kommunistische Agitation in Polen anzukämpfen.“

Die Äußerungen dieses offiziellen Organs der nationaldemokratischen Partei, die die polnische Politik entscheidend beeinflusst, sind charakteristisch für die Pogromstimmung, die jetzt gegen die Kommunisten wie gegen die Juden in Polen erzeugt wird. Diese Presseheer erscheint aber den Schöpfern des Ausnahmegesetzes noch nicht ausreichend. Es wird mit allen Mitteln versucht, den vor einigen Wochen stattgefundenen Attentatsversuch gegen den Krakauer Präsidenten Grabowski in ein kommunistisches Attentat gegen den Marschall Pilsudski umzulagern. Zu diesem Zweck wird namentlich die kürzliche Verhaftung einer Versammlung in Lemberg in toller Weise ausgeschlachtet. Demselben Zweck dient auch die vor einigen Tagen vorgenommene Verhaftung von über 300 Personen in Warschau.

Der Erpressungsversuch

In der „Wossischen Zeitung“ wendet sich Georg Sernhard scharf gegen die Bedingungen der Industriellen für die Kreditation. Er schreibt:

Die Industrie tut, als ob die Regierung zu ihr als Bittende gekommen ist. In Wirklichkeit hat die Industrie selbst die Kreditation vorgeschlagen, um damit ihrer Steuerpflicht in einer Weise zu genügen, die ihren eigenen Interessen, aber, wie durchaus zu gegeben werden soll, auch den allgemeinen volkswirtschaftlichen Erfordernissen besser entspricht als die von dem größten Teil der Arbeiterschaft propagierte Enteignung der Goldwerte. Wenn sie ihre Erfüllung ihrer Steuerpflicht — denn etwas anderes ist ihre Kreditgarantie nicht — an Bedingungen knüpft, so ist das ein Vorgehen, über dessen Folgen sich die Industrie nicht ganz klar zu sein scheint. Denn was dem einen Erwerbstand recht ist, muß dem anderen billig sein. Nächstens kann dann mit dem gleichen Recht die Landwirtschaft die Entziehung ihrer Steuern von der Durchsetzung aller gewerbe-partikularistischen Forderungen abhängig machen. Man mache sich doch einmal klar, welche phlogologischen Folgen ein solches Verhalten bei den Arbeitern auslösen muß, die ohnehin schon in immer größerer Erregung zu geraten drohen, weil sie die Empfindung haben, durch den Lohnabzug allmählich die Lasten des Budgets der direkten Steuern allein zu tragen.

Es ist völlig ausgeschlossen, daß die Regierung, wenn sie überhaupt noch den Namen einer autoritativen Vertretung des Staates und der durch diesen repräsentierten Allgemeininteressen verdienen will, auf dieser Grundlage mit der Industrie verhandeln kann. Was nochmal betont sei: nicht so sehr wegen der einzelnen Kapitalfälle für die Sanierung der Finanzen, sondern wegen ihrer Formulierung als Vorbedingung für die Notwendigkeit einer vaterländischen Leistung, die nichts weiter ist als die Anticipation einer Steuerleistung. Die Industrie muß jetzt von der Regierung vor die Wahl gestellt werden: entweder die Kreditation unter vernünftigen Garantien durchzuführen oder sich diejenigen Steuererlöse gefallen zu lassen, die in Ermangelung einer Kreditation zur Erlangung wesentlicher Teile der Bekämpfung notwendig sind. Die Industrie selbst hat die Dinge so auf die Spitze getrieben, daß eine andere Alternative kaum noch möglich erscheint.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, das Hauptorgan des Herrn Stinnes, ist natürlich von dem Erpressungsversuch des Großkapitals begeistert. Sie sagt:

Die Ueberführung der Reichsbetriebe, in erster Linie der Reichseisenbahnen, wird großen Teilen des Volkes zunächst als eine Unmöglichkeit erscheinen. Das sind aber dieselben Volksteile, die sich bisher um die Schwierigkeit, in der sich die öffentlichen Gemeinwesen befinden, wenig oder gar nicht gekümmert haben. Gerade die Forderung, die die Industrie jetzt an das Reich stellt, wird vielen erst die Augen öffnen über den ganzen Ernst der Situation. Mit Haltheiten muß es jetzt vorbei sein. Wenn die Industrie eine Stützaktion für das Reich in die Wege leitet, dann greift sie die Aufgabe an wie ein Kaufmann, der sich seiner Verantwortlichkeit bewußt ist. Sie ist ein finanzielles Problem mit wirtschaftlichen Mitteln. Vielen mag das hart erscheinen, die geschäftsständigen Teile unseres Volkes werden dem ihre Zustimmung nicht versagen. Daher sollte auch die Arbeiterschaft einseitig genau sein, ihre etwaigen Bedenken gegen die Ueberführung der Eisenbahnen in Privatbetrieb zurückzustellen. Eine Gefährdung ihrer sozialen Freiheiten und Rechte kann für die Arbeiter- und Angestelltenchaft der Eisenbahn unter keinen Umständen in Frage kommen.

Man kann dem Blatte darin recht geben, daß es jetzt mit Haltheiten vorbei sein muß. Wenn die Staatsbetriebe mit Defiziten arbeiten, so tragen gerade jene kapitalistischen Kreise die Schuld daran, die das Reich fortlaufend überfordern und nun, nachdem sie es geplündert haben, auch noch die Auslieferung der letzten Vermögensstücke verlangen. Als Antwort darauf gibt es nur eins: die Durchsetzung der Forderung nach Erfassung der Sachwerte.

Die übrige bürgerliche Presse gibt vorläufig nur die Nachrichten über die Forderungen der Stinnesleute wieder. Auch der „Vorwärts“ sagt noch nichts dazu. Die „rote Fahne“ unterstützt unsere Forderung, daß das ganze Proletariat den kapitalistischen Raubplan mit den schärfsten Mitteln bekämpfen muß.

So wird, genau so wie vor dem Erlaß des deutschen Sozialistengesetzes eine Panikstimmung erzeugt, um das Ausnahmegesetz im Parlament durchzusetzen zu können. Bismarck wird zwar in Polen wie der Tod gehaßt, aber seine Methoden der Sozialistenbekämpfung werden von den polnischen „Patrioten“ getreulich nachgeahmt.

Ueberflüssig, zu sagen, daß diese ganze Hehe mit der angeblichen Gefährdung der polnischen Unabhängigkeit und der Unterhöhlung des Staates durch die kommunistische Propaganda nicht das geringste zu tun hat. Die eigentliche Ursache muß darin gesucht werden, daß die herrschenden Parteien den Arbeitern bei den bevorstehenden Parlamentswahlen das Wahlrecht rauben wollen. Die Kommunisten, die die letzten Wahlen boykottierten, haben nun den vernünftigen Beschluß gefaßt, sich an den Parlamentswahlen zu beteiligen. Dies ist der Hauptgrund, weshalb die herrschenden Parteien ein Ausnahmegesetz gegen die Kommunisten proklamieren wollen. Unter dem Schutz dieses Gesetzes würden nicht nur die Kommunisten, sondern alle Arbeiter, die der revolutionären, sozialistischen Gesinnung verdächtig sind, politisch entrechtet und dem Terror der Ausnahmegerichte ausgeliefert werden.

Angesichts dieser Tatsachen muß das Proletariat in allen Ländern gegen das Attentat der polnischen Herrenklasse mobil gemacht werden. Die aufstrebende Arbeiterbewegung Polens muß davor bewahrt werden, den Galgen und den Blutgerichten der Gesinnungsstreunde Horthns in Polen ausgeliefert zu werden.

Aber nicht nur das Proletariat, auch die bürgerlichen Klassen in allen Ländern müssen auf die jüngsten Vorgänge in Polen ihr Augenmerk richten. Die öffentliche Meinung in den Ententestaaten ist stets sehr warm für Polen eingetreten. Die höchsten Körperschaften der Entente haben noch letzten große Teile Oberschlesiens dem polnischen Staate zugesprochen. Die herrschenden Parteien und die Regierungen der Ententestaaten haben nun die Pflicht, dafür zu sorgen, daß jetzt in Polen nicht Zustände geschaffen werden, die schlimmer sind als sie je im zarischen Rußland zu verzeichnen waren.

Die Demokraten am Wendepunkt

Der Parteitag der Demokratischen Partei, der in den nächsten Tagen in Bremen stattfindet, wird höchstwahrscheinlich von einschneidender Bedeutung für die Zukunft dieser Partei sein. Das charakterlose Schwanken der Demokraten in allen Fragen der deutschen Politik, ihr brünstiges Liebeswerben um die Gunst der Stinnespartei, ihre Zutreiberrolle bei der Frage der „großen Koalition“, ihre ausgesprochene reaktionäre Gesinnung in den Fragen der Steuerpolitik hat eine tiefgehende Unzufriedenheit in der Partei erzeugt und die Kluft vertieft, die zwischen den ehrlichen Demokraten auf dem linken Flügel und den verkappten Volksparteilern auf dem rechten schon lange in der Partei besteht. Als kürzlich der Uebertritt des bekannten demokratischen Kommunalpolitikers Dr. Paul Rathen zur rechtssozialistischen Partei gemeldet wurde, erklärte das „Berliner Tageblatt“, daß dieser Vorgang nicht der einzige seiner Art sei, und daß er in Verbindung mit zahlreichen Kundgebungen der demokratischen Organisationen (zuletzt in Berlin und Stettin) den verantwortlichen Zuständen der Demokratischen Partei Veranlassung zu einer grundsätzlichen Nachprüfung der Politik geben müsse, die im letzten Jahre verfolgt worden ist.

Diese „Nachprüfung“ wird nun anscheinend auf dem Bremer Parteitag vorgenommen werden, wenn es einer fürsorglichen Regie nicht vorher gelingt, die klaffenden Gegensätze in der Partei zu vertuschen, um nach wie vor zwischen den wechselnden Strömungen in der Politik hin- und herpendeln zu können. Soweit die Presse zu dieser Frage Stellung genommen hat, wird dieser Zustand für die Dauer als unerträglich empfunden und als einer der Hauptfaktoren der steigenden Versumpfung des deutschen politischen Lebens bezeichnet. Sehr hübsch ist die Charakteristik der demokratischen

Politik in der halb volksparteilichen, halb deutschnationalen „Täglichen Rundschau“. Das Blatt schreibt:

„Daß die Politik der Demokraten im letzten Jahre eine seltsame Planlosigkeit zeigte, wird ziemlich allgemein ausgesprochen, nicht nur von entschiedenen Gegnern, sondern sogar von Anhängern verwandter Gesinnungen. Auch die Gründe für dieses Versagen der demokratischen Politik sind nicht gerade undurchsichtig. Durch die vielfachen Mißerfolge bei den Wahlen sind die demokratischen Führer unsicher geworden. Sie wollen nirgends den „Anschluß verlieren“. Sie möchten mit jedem gut Freund sein und zeigen das ängstliche, man könnte sagen komische Bemühen, die großen Gesinnungsgegensätze, die die deutsche Politik beherrschen und nach der Lage der Dinge beherrschen müssen, durch Halbschheiten zu vertuschen. Großsprecherisch nennen sie solche Bestrebungen eine Politik der Veröhnung, während es tatsächlich nur eine Politik der Schwäche, der Entschlußlosigkeit ist.“

Es muß für die leitenden Instanzen der Demokratischen Partei ein recht bitteres Gefühl sein, nach allen Liebesdiensten, die sie namentlich in den letzten Monaten der Stinnespartei erwiesen haben, von einem ihrer führenden Organe in solcher Weise mit Fußtritt bedacht zu werden. Aber wundern dürfen sie sich darüber nicht. Es ist immer ein mißliches Ding, in großen Fragen schlau zu sein und die gewaltig zugespitzten Klagen gegen die allgemeine Phrasen einhüllen zu wollen. Die großen Fragen der Politik und Wirtschaft erfordern gegenwärtig mehr denn je eine klare Entscheidung. Da die Demokratische Partei, angesichts der Klassenlage ihrer ausschlaggebenden Schichten, diese Entscheidungen nicht zu treffen vermag, ist es nur natürlich, daß sie in immer schnellerem Tempo aufgegeben wird zwischen den Parteien der junkerlich-kapitalistischen Reaktion und denen der sozialen Revolution.

Empfang der Reparationskommission

Am Donnerstag nachmittag empfing der Reichskanzler in Anwesenheit von Vertretern der beteiligten Reichsressorts die in Berlin eingetroffene Reparationskommission, die von ihrem Präsidenten, Herrn Dubois, geführt wurde. In der Aussprache, die lediglich einleitenden Charakter trug, gab der Reichskanzler einen kurzen Ueberblick über die finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands, wobei er die in einem Teil der Auslandspresse vertretene Auffassung zurückwies, daß die deutsche Regierung den Zusammenbruch der Mark absichtlich fördere.

Ueber den Gang der weiteren Verhandlungen und ihre voraussichtliche Dauer können, wie W. T. B. meldet, vorläufig Mitteilungen nicht gemacht werden.

Der Wiederaufbau in Nordfrankreich

Widerstände gegen die Verwendung deutscher Arbeiter
Paris, 10. November.

Die parlamentarische Gruppe der zerstörten Departements hat heute im Senat über den Aufbau der elf Départements in der Gegend von Chaumes durch deutsche Arbeiter verhandelt. Es wurde lebhaftes Bespödel darüber vorgebracht, daß die Verhandlungen über diese Angelegenheit ohne Zuziehung irgendeines Parlamentsmitgliedes geführt worden seien und auf die Proteste hingewiesen, die von den Zweigverbänden ehemaliger Kriegsteilnehmer erhoben worden seien. Die Gruppe nahm eine Entschlieung an, in der sie die Ansicht auspricht, man müsse und könne zwar jede Hilfe suchen, die es ermöglicht, den Wiederaufbau der zerstörten Dörfer zu beschleunigen, hierbei handele es sich aber vor allem um Lieferung von Waren und Material durch Deutschland. Die Verwendung deutscher Arbeiter sei zwar nicht grundsätzlich abzulehnen, müsse aber unter Anwendung wirksamer Vorkehrungsregeln erfolgen. Auf alle Fälle sei dies noch mehr als die Lieferung von Material Angelegenheit der Regierung und nicht Sache von Privatunternehmungen. Die Gruppe verlangt in der Entschlieung eine Erklärung von Seiten der Regierung.

Der sozialistische Abgeordnete Weiss hat als Vorsitzender des Aktionskomitees für den Wiederaufbau seine Kollegen aus den 11 befreiten Gebieten zusammenberufen, damit eine Propaganda zugunsten eines Referendums unter den Geschädigten

entfaltet werde. Dieser Entschluß ist getroffen worden, weil Minister Loucheur erklärt hat, man müsse, bevor man deutsche Arbeiter annehme, wissen, ob die große Mehrheit der Geschädigten sie haben wolle.

Die Wahlordnung zum Parteitag

Entsprechend dem Beschluß des letzten Parteitages hat das Zentralkomitee folgende Wahlordnung für die Wahl der Delegierten herausgegeben:

1. Die Zahl der Delegierten wird vom Zentralkomitee auf die Bezirke verteilt.
 2. Die Bezirksleitungen verteilen die Delegierten auf die Unterbezirke oder Arbeitsgebiete. Die Leitungen dieser Organisationsgebiete fördern die Ortsgruppen zu Vorschlägen auf. Die Vorschläge werden zusammengestellt und sind vor der Wahl den Mitgliedschaften durch die Parteipresse bekanntzugeben.
 3. Die Wahl erfolgt durch Urwahl. Als gewählt gilt wer mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten hat. Wird im ersten Wahlgang keine Mehrheit erzielt, muß eine Stichwahl stattfinden. Wahltermin ist der 16., 11. und 12. Dezember. Die evtl. Stichwahlen finden am 17. und 18. Dezember statt.
 4. Die Wahlzeit festzulegen wird den Bezirken, Unterbezirken oder Ortsgruppen überlassen und richtet sich nach den Bedürfnissen. Die Wahlstellen haben die Wahlzeit frühzeitig bekanntzugeben. In den Wahlstellen sind die Vorschlagslisten resp. Stimmzettel bereitzuhalten.
- Das Wahlergebnis ist sofort den Unterbezirksleitungen zu melden, von denen an die Bezirke weiterzugeben. Die Bezirksleitungen teilen dem Zentralkomitee sofort, spätestens bis zum 27. Dezember, Namen und Adressen der gewählten Delegierten mit, worauf die Mandatsformulare den Bezirken zu gestellt und von diesen ausgefertigt werden.

Kleine Nachrichten

Das Präsidium des badischen Landtages. Der neugewählte badische Landtag wählte in seiner Sitzung am Mittwoch mit 79 von 85 abgegebenen Stimmen den Zentrumabgeordneten Ministerialrat Wittmann zum Präsidenten, den sozialdemokratischen Abgeordneten Emil Vater Heibelberg zum ersten Vizepräsidenten und den Führer des badischen Landbundes, Abgeordneten Landwirt Gehard-Eppinger, zum zweiten Vizepräsidenten. Die Kommunisten und Unabhängigen gaben weiße Zettel ab.

Aus dem Saargebiet ausgewiesen wurde laut Verfügung des Präsidenten der Regierungskommission für das Saargebiet der verantwortliche Schriftleiter der sozialdemokratischen „Saarbrücker Volkstimme“ Ernst Braun, obwohl er Saarbewohner im Sinne der Regierungsverordnung ist und demgemäß nicht ausgewiesen werden könnte. Die Ausweisung dürfte auf die Haltung der „Volkstimme“ in der Angelegenheit des erweiterten Frankenumlaufs zurückzuführen sein.

Eine Uigenmeldung. Von der Redaktion des „Volkswillen“ in Karlsruhe wird uns geschrieben: Die „Telegraphen-Union“ gibt eine Meldung aus Blauen wieder, nach der es in Eger zu blutigen Ausschreitungen gekommen sein soll, denen 40 Tote und 60 Verwundete zum Opfer gefallen sein sollen. Wir haben keinen Anlaß, die Dinge zu beschönigen, aber die Meldung ist von A bis Z erfunden. Es ist in Eger überhaupt zu keinerlei Ausschreitungen gekommen. — Die „Telegraphen-Union“ sollte endlich aufhören, erfundene Nachrichten zu verbreiten, die nur der chauvinistischen Hege dienen.

Eine Petroleumquelle in der Tschecho-Slowakei. In der Nähe von Egbeil in der Slowakei wurde eine Petroleumquelle erschöpft. Die ganze Umgebung ist mit Erdöl überflutet. Der Delfstrom, der aus dem Bohrloch herausströmt, erreicht eine Höhe von 60 Meter. Das Hervorströmen ist vielfach von starken Explosionen begleitet.

Erhöhung der Eisenbahngelöhner in Oesterreich. Die Regierung beabsichtigt am 28. November eine Erhöhung der Eisenbahnergehälter durchzuführen, und zwar für die 3. Klasse um 200 Prozent, für die 2. Klasse ebenfalls um 200 Prozent, für die 1. Klasse um 250 Prozent. Gleichzeitig sollen die Post- und Telegraphengebühren auf das zweieinhalbfache erhöht werden, so daß sich die Mindestgebühr für 10 Worte auf 100 Kronen belaufen wird. Die Telegraphengebühr soll verdreifacht werden.

Wiedereinführung der Strafanstalt in Sowjetrußland. Der „Op-Press“ meldet aus Moskau: Das russische Zentral-egulationskomitee hat die Wiedereinführung der Anstalt für verbrecherische Elemente in den entlegenen Randgebieten der Sowjetrepublik beschlossen. Diese Strafmaßnahme wurde in Rußland von altersher angewandt und ist erst kurz vor dem Kriege durch die Zarenregierung abgeschafft worden.

Reinliche Scheidung

Von Adolf Behne

Gemälde und Photographie — Matisse

Rosajka — Otto Dix

Ausbreitung war das Prinzip der langsam zu Ende gehenden Zeit. Sammlung ist die Idee der neu beginnenden. Das Prinzip der Ausbreitung leitete die fremdesten Dinge zusammen, wenn eine Wirkung in Aussicht stand. Die Idee der Sammlung führt wieder jede Erscheinung zu ihrem Wesen. Sie ist eigenfönnig, wenn sie die willkürlichen Verbindungen spaltet und die zusammenfassende Verknüpfung der Dinge wieder trennt. Aber dieser Eigenfönn ist fruchtbar. Denn jedes Ding kommt zu seiner Macht und Fülle nur, wenn es sich selbst ertren und wenn es ohne Zwitterhaftigkeit rein sein kann. Ob es, zu seinem Wesen zurückgeführt, viel oder wenig ist, entscheidet nicht. Ist es aus einem Scheinenden, Vorstellenden wieder ein Seiendes geworden, so kann es in jedem Fall etwas leisten. Und etwas leisten, ist mehr als viel scheinen.

Der „Ausbreitung“ entsprach eine gewisse nachgiebige Haltung der Menschen, eine gewisse Gutmütigkeit. Man ließ ganz gern fünf gerade und den lieben Gott einen braven Mann sein. Ueber die Spannungen der Objekte sah man wohlwollend hinweg, wie man über die Spannungen in einer anständigen Familie hinwegsah. Man führte die unverträglichsten Dinge lächelnd zusammen. Alles vertrat sich miteinander — so bildete man sich ein. Bis eines Tages die Dinge rebellierten. Sie zeigten ihre Härte und Unversöhnlichkeit gegenüber der bequemen Güte der Menschen, die weniger Güte als Lauheit war. Im Kriege brach diese Art von „Menschlichkeit“ zusammen, die alles „Unmenschliche“ überlebte — und dann meinte, es sei aus der Welt geschafft. Und es legte eine neue Art von „Sachlichkeit“ — das Prinzip der rückföchtigen Erkenntnis.

Wie bemerken den Umschwung im größten wie im kleinsten. Auch die Photographie, berufen, die naturalistische Malerei überflüssig zu machen, wußte zunächst, als sie ihrer technischen Mittel sicher genug war, nichts Besseres zu tun, als die naturalistische Malerei nachzuahmen. Und diese falsche Einstellung ist auch heute noch verbreitet — wie zwei interessante Ausstellungen in Amsterdam und Berufsphotographen lehrten (im Gewerbemuseum Haus stellte der „Verband der Photographen, Steinbruder und verwandten Berufe“ photographische Arbeiten seiner Mitglieder aus und im Lichthof des Kunstgewerbemuseums die „Vereinigung Berliner Photographen“). In beiden Ausstellungen fanden wir Beweise eines ganz außerordentlichen Könnens, aber wenige Photographien. Die raffinierten Aufnahmen Hönnigers z. B.

wirken wie Reproduktionen von Bildern der Burne-Jones, Feuerbach, Klinger. Und Karl Schenker stellt verblöfende Reproduktionen von Bildern des Antoine Pesne auf dem Umwege her, daß er „echt“ kostümierte Schauspieler vor dem Objektiv den Friedericus Rex und seinen Hofstaat mimen läßt und die Abzüge in „alte“ Rahmen füllt. Sie sehen in der Tat aus wie Bildnis-Photographien aus dem 18. Jahrhundert oder wie Reproduktionen historischer Malwerke. Ueber dieses Verfahren gefaßt uns heute nicht mehr. Malerische Aufgaben zu erfüllen ist Aufgabe des Malers. Dieses hier ist nicht Malerei. Wenn es Photographie wäre, wäre es ein selbständiger Wert. Aber das Gemisch Malerei-Photographie ist feiner, weil es weder das eine, noch das andere ist. Sagen wir von einem Bilde, es sehe aus wie photographiert, so meinen wir kein Lob. Ebenso wenig ist es für eine Photographie ein Lob, wenn wir konstatieren, sie sehe aus wie gemalt. Die Photographie hat es ja gar nicht nötig, sich zu einem Erzähl zu degradieren. — Der Sinn der Photographie ist auch nicht, uns die persönlichen Stimmungen und poetischen Liebhaberelken des Aufnehmenden zu übermitteln, sondern ganz im Gegenteil das sachliche, unverfälschte Bericht zu sein. Deshalb muß die Photographie keineswegs ohne Phantasie betrieben werden, wohl aber ohne die Phantasie des Malers! Die photographische Phantasie hat weniger zu suchen in dem Prozeß der Entwicklung, der Behandlung der gemachten Aufnahme, sondern findet ihren Bezirk in der Wahl und der Anfassung des Motivs. Der phantastische Photograph unterseheidet sich von phantastischen nicht dadurch, daß seine Abzüge aussehen wie radiert oder gezeichnet, sondern zunächst schon in dem, was er aufnimmt. Und da gibt es Anlaß, sich zu verwundern, daß alle diese Aussteller nichts Wichtigeres finden, als „interessante“ Gesichter, „malerische“ Winkel und „poetische“ Stimmungen. Wäre es aber nicht z. B. Aufgabe eines phantastischen Photographen, mit seinem neuen, mehr als nur malerischen Darstellungsmittel ein Abbild der modernen Großstadt zu geben — so wie es nur der Photograph geben kann, eine dokumentarische Aufnahme der lebenden Stadt? Dazu gehört freilich ein erhebliches Maß von Phantasie — spezifisch photographischer Phantasie. Die Aufnahmen müßten alles vermeiden, was Stimmung, malerische Wirkung usw. heißt, müßten aber im Wechsel der Formale, in der Reihenfolge der Zusammenstellung, der Gegeneinanderstellung mehrerer Aufnahmen auf einem Blatte (was durchaus photographischer Stil wäre), im Sprung vom Gesamtbilde zu einem charakteristischen Detail usw. das Ganze noch einmal mit dem besonderen Kunstmittel aufbauen. Dazu findet man kaum Anlässe — auch nicht bei den Aufnahmen der Luftbild G. m. b. H. Die richtige sachliche Gesinnung zeigt eine Porträtaufnahme von Luise Chelofs oder der Kopf Nicolais von Hönniger. Emil Nissen und Karl Vollmann (Veierkastenmann) und Hönniger hätten schon das technische Nützliche zu einem solchen Werk. Einer aber hat in bewundernswürdiger Weise die Aufgabe für ein ganzes Land fast rest-

los erfüllt: Kurt Hiescher, dessen Aufnahmen aus Spanien immer wieder herrlich sind. Wo war die Versuchung, malerisch zu werden, größer — und wie sicher hat Hiescher sie überwunden! Alle anderen hier ausgestellten Städtebilder gefaßen sich in Verflönerung, Stimmung. Bei Hiescher eine restlose Klarheit. Bis in die dunkelsten Schatten hinein geben seine Aufnahmen uns Bescheid — und das zu leisten, ist erste Aufgabe der Photographie. Hiescher hat jene spezifische Phantasie, die der Photograph haben muß, die von der Phantasie des Malers nicht nach dem Werte, sondern nach dem Wesen unterschieden ist.

Man de Welde spricht in seinem kleinen, immer lesenswerten Buche „Die drei Sünden wider die Schönheit“ (Europäische Bibliothek Nr. 3, Verlag Rascher u. Co., Zürich) von dem unheimlichen Einfluß, den die Phantasie übt in Bezirken, in denen sie nichts zu suchen habe. „Verderbliche Phantasie“ nennt er sie. Ihre Frucht ist stets Romantizismus. Unsere Malerei, auch ein gut Teil der modernen, steht noch im Romantizismus, d. h. in einer Auffassung, die die Phantasie nicht im Bezirke des eigentlich künstlerischen arbeiten läßt, nämlich in den Beziehungen der Formen, sondern in irgendeinem Nebenher; nicht im Geistes-Schöpferischen, sondern in den Beziehungen zu irgendeinem Außen, z. B. zur Natur. Es ist sehr lehrreich, die Grenzen dieses Romantizismus zu verfolgen.

Die ältere Generation der Franzosen bei Alfred Fleichtheim (Lühnow-Ufer 13), z. B. Matisse, vermeidet spielend die Gefahren „verderblicher Phantasie“ durch ihren sinnlichen Reichtum, ihre menschliche Einfachheit ihr vollendetes Handwerk. Die Deutschen, die es ihnen gleich machen wollen, erfinden alle Schiffsbruch. Sie sind nicht einfach, sie tun nur so. Der einzige Deutsche, den Fleichtheim aus seinem Verlage hätte hier zeigen können, wäre Wilhelm Morgner, der sein Wesen zu erfüllen, nicht ein fremdes anzunehmen, strebt. (Wann wird eine Ausstellung den großen Zeichner Morgner bringen?) Im Kronprinzenpalais lehrte der letzte bequem gemachte Vergleich Matisse — Oskar Kokoschka. Gingen aber selbst bessere Proben von Matisse und seinem Kreis bei Fleichtheim, so würden auch sie gegenüber dem prachtvollen Bilde von Gleizos, der „Hängematte“, die der „Sturm“ schon 1913 gezeigt hat, und erst recht gegenüber dem neuen Léger verlassen. Erst in diesen geistigen, konstruktiven Werken wird der Romantizismus wirklich überwunden.

Noch deutlicher vielleicht spricht die Entwicklung des Malers Otto Dix, der in der „Dresdener Gruppe“ bei Alfred Heller (Meißnerstraße 12) ausstellt. Noch 1919 war Dix phantastisch bis dort hinaus. Es geschah wenigstens auf seinen Bildern die ausgedachtesten Gesichten. Doch die künstlerische Form war kaum phantastisch. Seitdem hat sich Dix ganz gründlich umgekehrt. Mit der kalten Aufmerksamkeit eines Chronisten dieser Zeit konstatiert er Tatbestände. Während seine Phantasien uns gleichgültig ließen, wirken diese Tatbestände

Die Entente und der Waffenstillstand

Feststellungen zum 11. November

Von E. Ruge

Nichts sollte der deutschen Republik mehr am Herzen liegen, als die Verbreitung der Wahrheit über den deutschen Zusammenbruch und die Vorgänge beim Waffenstillstand. Der junge deutsche Staat sollte nicht dulden, daß die deutsche Jugend herabwürdigend in Unkenntnis über jene Wochen, in denen sich Deutschlands Schicksal entschied.

Um dem kurzen Gedächtnis mancher Kreise aufzuhelfen, sei hier an Dinge erinnert, die viele nicht gern hören. War es wirklich die Revolution, die dem „Siegreichen“ Heere das Schwert aus der Hand schlug und es von hinten erschloß? Fragen wir einmal, wie eigentlich der Feind die Lage ansah.

Da lassen sich, wenn wir die in Frage kommenden Wochen von Anfang Oktober 1918 bis zum Abschluß des Waffenstillstandes der besüßlichen, zwei Phasen der Enimikulation unterscheiden. Die erste dieser Phasen, die diplomatische, beginnt mit dem 3. Oktober, an dem die deutsche Regierung des Prinzen Max von Baden an den Friedensangebot an den Präsidenten Wilson abhandelt. Der letzte Satz dieses ersten und einzigen Eingeständnisses der deutschen Niederlage durch die zusammengedrohte Oberste Heeresleitung lautet: „Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, erlucht die deutsche Regierung, den sofortigen Abschluß eines Waffenstillstandes zu Lande, zu Wasser und in der Luft herbeizuführen.“ Diesen Roschrei nach einem Waffenstillstand erzwang bekanntlich Ludendorff, der sich damals sogar selbst wie ein Hasardspieler vorkam (Vorgesch. d. Waffenst. S. 50), von der Reichsregierung; alle später gemachten Versuche, das abzuleugnen, scheitern an den aus jenen Tagen vorliegenden Dokumenten.

Welche Wirkung hatte nun dieses Friedensangebot auf die Entente? Wir wissen heute, daß der Marschall Foch schon Mitte September 1918 den Zusammenbruch der Mittelmächte erwartete. Er sah nicht einseitig wie die deutsche Oberste Heeresleitung nur die deutsche Front in Frankreich, deren Lage für sich genommen freilich schon so ernst war, daß selbst ein Ludendorff bereits am 14. August 1918 erklärt hatte, der Krieg sei nicht mehr zu gewinnen, sondern er überließ die Gesamtlage, für hin war das Wanken der deutschen Front nur ein Symptom des sich ankündigenden allgemeinen Zusammenbruchs der Mittelmächte.

Hinter verschlossenen Türen gab Ludendorff wohl die deutsche Niederlage zu, nur sollte es niemand hören! Nach der in Deutschland allgemein verbreiteten Ansicht sollte bekanntlich der Weltkrieg letzten Endes an der Westfront entschieden werden. Deshalb startete die deutsche Oberste Heeresleitung wie hypnotisiert nur auf dieses Kampfgebiet und vergaß darüber die gesamte militärische Lage. Inzwischen bereitete Foch die endgültige Entscheidung an ganz anderer Stelle vor. Bulgariens Sturz öffnete Oesterreichs Flanke und bedrohte den Rücken der deutschen Westfront, an der es Anfang Oktober sehr kritisch stand, da Foch seine Erfolgsrückwärts ausnützte und fest entschlossen war, die deutsche Armee nicht zur Ruhe kommen zu lassen. So sah sich denn Hindenburg am 3. Oktober gezwungen, selbst an den Reichsanzler zu drängen, daß die Lage sich täglich verschärfe und die Oberste Heeresleitung zu schwerwiegenden Entschlüssen zwingen könne; aus diesem Grunde bliebe er bei seiner bereits am 29. September gestellten Forderung der sofortigen Herausgabe des Friedens- und Waffenstillstandsangebotes.

Dieses Angebot, unter gleichzeitiger Anerkennung der vierzehn Punkte Wilsons, beleuchtete dem Gegner die Gesamtlage blühartig. Er sah, daß es um Deutschlands militärische Widerstandskraft schlimm bestellt sein müsse, wenn die Oberste Heeresleitung so plötzlich nach einem Waffenstillstand rief und noch dazu die verhassten vierzehn Punkte sogar anerkannte; denn das war drüber sofort klar: nur eine zusammengedrohte deutsche Heeresleitung konnte derartige Konzessionen machen. Nun hieß es, neben den Kanonen und Tanks auch die Diplomatie als Kampfmittel gegen Deutschland zu verwenden und seine endgültige militärische Niederlage herbeizuführen. Militäristen und Anexionisten belagerten Oberwasser! Der militärische Sieg bedeutete eben auch den Sieg der nationalistischen Kreise dort drüben und machte alle zu einem Verständigungsfrieden Bereiten mundtot, wie das in Deutschland ja auch nicht anders gewesen wäre.

aufnahmen ungeheuerlich ... fast körperlich, wie ein Stoß vor die Brust! Die Futuristen haben einmal den Vorschlag gemacht, das Atomkraft für 50 Jahre zu verbieten, weil kein Mensch mehr diese nie endende Reihe gut angezogener Damen sehen könne. Sie hätten vermutlich auch mit Kokoschka, der zurzeit bei Goldschmidt u. Wallerstein und bei Gurliit Werke aus der Zeit von 1907-1921 zeigt, keine Ausnahme gemacht; denn auch seine Alte sind ... „Kunst“. (Es ist zu sehen, wie Kokoschka letzte Zeichnungen einen harten Kampf gegen die drohende Manier beginnen.) Dix aber gibt eine Wahrheit, die furchtbar ist. Nur Zille sonst hat in den „Joanglosen Geschichten“, in der „Landpartie“ diesen Mut bewiesen in Werken, die wie die Bilder von Dix, die Zeichnungen von Grosz, Kulturdokumente ersten Ranges sind. — Der Spieler wird sagen, Dix pfusche mit seinen Porträts — des jungen Mädchens vom Lande, des subalternen Beamten vor der Fabrik, dem schauerlichen Bild der alten Dirne — dem Photographen in das Handwerk. Aber er irrt. Dix verwendet die malarischen Mittel freilich mit einer kalten, schwunglosen Strenge, einer zuschlagenden, knappen Härte, daß wir glauben, die Dinge selbst, nicht ihre malarische Umhüllung, vor uns zu sehen. Er kommt zu einer verblüffenden, podenden Dinglichkeit von fast mittelalterlicher Wucht. Aber niemand kann seine so erschütternd echten Kontexte mit Photographien verwechseln. Sie gleichen diesen an Eindringlichkeit der Wirkung, aber sie arbeiten mit ihren eigenen, mit bildkonstruktiven Mitteln. Wohl ist aus den Bildern von Dix die ästhetische Phrase ausgegraben — aber damit werden sie nur in den Augen der Romantiker zu „Photographien“. — Die wirklich erschreckenden Wahrheiten des Dix, wesentlicher, nader noch als die des George Grosz, sind einer der ernsthaftesten Werte der heutigen Malerei in einem Deutschland, das jeder Heuchelei geneigt ist.

Die Nobelpreise 1921. Die Akademie der Wissenschaften in Stockholm hat die Nobelpreise bisher in folgender Weise verteilt: Literatur für Anatole France, Frankreichs größtem lebenden Dichter, der uns auch politisch sehr nahe steht; Chemie für Walter Röntgen, dem gegenwärtigen Berliner Rektor. Der Nobelpreis für Physik wurde für das nächste Jahr zurückgestellt.

Tages-Notizen

Eine Ausstellung moderner Drehscheibenbau, veranstaltet von der Berliner Fachleistung und der Zentralkommission für den Drehscheibenbau, wird morgen im Kunstgewerbemuseum um 11 Uhr eröffnet.

Das Münster-Orchester bringt Sonntag, 7½ Uhr, Blüthner-Saal, eine Uraufführung von Otto Friedrich „Ganzkörper“, 8½ Uhr, Dichtung in 4 Acten nach Worten von Legende für eine Schilke mit Orchester. Leitung: Camilla Hildebrand, Solistin: Kammerliedertante Anna Koenig (Frankfurt a. Main).

Rebeller-Kunstausstellung, Petersburger Str. 10, Sonnabend, 7½ Uhr, Hallenraum des Reichsausschusses. — Sonntag, 11 Uhr, Vortrag des Arbeiter-Klubs Kurt Neumann über „Opportunistismus und Dabatsmus“.

Die Antwort auf den deutschen Ruf nach Waffenstillstand und Frieden ging am 8. oder 9. ein. Wilson sagte darin und heraus man habe zu einer Diskussion über einen Waffenstillstand kein Vertrauen, ehe die Mittelmächte nicht erklärt hätten, sie würden sofort ihre Truppen überall aus den besetzten Gebieten zurückziehen; er fügte hinzu, daß er seinen Verbündeten ohne eine derartige Erklärung einen Waffenstillstand nicht einmal vorzuschlagen würde. So war denn Deutschlands flehentliche Bitte abgewiesen. Wie schwer das die Oberste Heeresleitung traf, die nicht genug war, auf ein Einlenken des Gegners in diesem Augenblick zu hoffen (obwohl sie selbst, in ähnlicher Lage wie Foch, niemals die siegreiche Waffe aus der Hand gelegt hätte!), geht aus Hindenburgs Worten: „Machen Sie schnell machen Sie schnell! hervor, mit denen er am 9. Oktober den Staatssekretär Solz zum weiteren Verhandeln mit dem Gegner drängte (Vorgesch. S. 76). So wichtig die Frage der Räumung militärisch war und so sehr sich die militärische Lage Deutschlands allein durch die Zusage der Räumung verschlechterte (Ludendorff am 17. Oktober), so trat die doch zurück hinter die Forderung der Stunde, die einmal gefundene Verbindung mit dem Gegner nicht wieder abreißen zu lassen. Man mußte verhandeln, selbst auf die Gefahr ungewisserer Zugeständnisse hin, denn man begann selbst in militärischen Kreisen einzusehen, daß man nicht mehr weiterkam.

Damit hatte der diplomatische Kampf einen großen militärischen Erfolg gezeitigt! Foch konnte zufrieden sein mit diesem Ergebnis. Doch er war es nicht. Er war zu sehr Soldat, um nicht zu wissen, daß man dem weidenden Gegner keinen Augenblick Ruhe lassen dürfe. Er ließ sofort, am 14. den Deutschen durch den amerikanischen Präsidenten verkünden, daß „die Durchführung der Räumung und die Bedingungen eines Waffenstillstandes Angelegenheiten seien, die den Militärs der Entente überlassen werden müßten“; es könne keine Regelung angenommen werden, „die nicht völlig befriedigende Sicherheit und Bürgschaften für die Fortdauer der gegenwärtigen militärischen Ueberlegenheit der Alliierten schaffe“. Dieser mehr programmatischen Erklärung wurde eine neue Bedingung hinzugefügt: Ohne Einstellung des unermesslichen U-Boot-Krieges könne an einen Waffenstillstand überhaupt nicht gedacht werden. Man sieht: Foch zieht rücksichtslos die Konsequenzen aus Deutschlands militärischer Niederlage. Er rechnet noch mit einem letzten Widerstande, mit einem großen Aufruf an das deutsche Volk, glaubt aber, daß ein solcher Endkampf nur ganz kurze Zeit dauern könne. Wir wissen, daß die Oberste Heeresleitung tatsächlich eine solche „levée en masse“ in Szene zu setzen verlor. Aber da sie nicht versichern konnte, daß ein solcher Kampf die Lage irgendwie bessern und Deutschland vor dem Neuzerbrechen bewahren würde, unterließ er, und Wilsons Bedingung vom 14. Oktober, die Einstellung des U-Boot-Krieges, wurde restlos erfüllt. Auch die Waffe, von der mancher Wunder erhofft hatte, die U-Boot-Waffe, war der Obersten Heeresleitung aus der Hand geschlagen. Deutschland war nahe am Kapitulationen. Man machte ihm nunmehr klar (Wilson's Note vom 23. Oktober), daß es jetzt überhaupt nur noch eine Art von Waffenstillstand gäbe, nämlich den, der Deutschland die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten unmöglich mache. Auch könne ein Waffenstillstand natürlich nur geschlossen werden, wenn ihn die Militärs für möglich hielten und wenn dadurch die Interessen der alliierten Völker völlig gewahrt würden.

Die diplomatische Aktion, die zum Waffenstillstand führen sollte, hatte ihr Ziel erreicht. Zu verhandeln gab es nichts mehr. Man trat in die zweite Phase, die militärische, ein. Die Aufgabe der Militärs war klar und eindeutig: sie hatten die Bedingungen zu formulieren, unter denen Deutschland die Waffen zu strecken hatte. Am 25. Oktober (bitte das Datum zu beachten!) berief, so erzählt uns Clemenceau's Freund Lardieu in seinem kürzlich erschienenen Werke „Der Friede“ (S. 69 ff.), der Marschall Foch die Generale Pétain, Haig und Pershing in sein Hauptquartier nach Senlis; er befragte sie, welche Bedingungen für einen Waffenstillstand sie an Deutschland stellen würden. Pétain verlangt, man solle einen ganzen Waffenstillstand schließen, einen solchen, der Deutschland völlig in die Hände der Alliierten liefere (hätte Ludendorff anders gesprochen?); dazu sei es nötig, daß die deutsche Armee ohne Geschütze und ohne Tanks nach Deutschlands zurückkehre; deshalb müsse man vor allem sehr kurze Räumungsfristen zum Rückzuge stellen, die Deutschland um das im besetzten französischen und belgischen Gebiet vorhandene reiche Material brächten und demoralisierend auf das deutsche Heer wirken würden. Die Abgabe eines gewaltigen Transportmaterials und die Besetzung der Rheinlande würde der Entente die weitere militärische Ueberlegenheit über das besiegte Deutschland sichern. Was Foch hierzu sagte, ist leider nicht bekannt; er teilte die Ansicht des Generals Pétain aber nicht, denn er forderte viel mehr, als der vorge schlagen hatte. Bereits am folgenden Tage legte er Clemenceau die endgültigen Waffenstillstandsbedingungen vor, in die dieser am 2. November noch das Wort „Schadenersatz“ (Réparation de dommages) einfügen läßt. Alles war fertig; die Deutschen, deren Regierung und Oberste Heeresleitung ja einen Waffenstillstand haben wollten, konnten kommen, was man ihnen vorlegte, hatten sie anzunehmen oder abzulehnen, Verhandlungen über den Waffenstillstand kamen nicht in Frage. Foch selbst war der Ansicht, Deutschland würde annehmen, was denn auch die von der kaiserlichen Regierung bestimmte Waffenstillstandskommission unter Erzberger auch tat, nachdem selbst Hindenburg „abschließen“ gedroht hatte. Eines Dolchstoßes der Heimat bedurfte es nicht mehr, um Deutschland der Entente auszuliefern.

Nicht die neuen Gewaltthäter und ihre bürgerlichen Mittläufer verzichteten auf jeden Widerstand und unterschrieben ohne Rechtstitel Deutschlands Kapitulation auf Gnade und Ungnade, wie Ludendorff das in seinen Kriegserinnerungen auf S. 619 behauptet, sondern er selbst, der zur rechten Zeit sich davongemacht hatte, und seine Mittläufer haben uns den 11. November beschert. Wäre diese Erkenntnis Gemeingut der deutschen Jugend werden!

Pazifisten und Amsterdamer Internationale

Zu der Abrüstungskonferenz der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale nahmen die deutschen pazifistischen Organisationen nach einer uns von ihnen zugegangenen Zuschrift wie folgt Stellung:

Die pazifistischen Organisationen Deutschlands begrüßen mit großer Genugtuung die Absicht der Gewerkschaftsinternationale, in einer Konferenz mit den internationalen Transport-, Berg- und Metallarbeiterverbänden die Abrüstung zu beraten. Sie fordern die Konferenz auf, neben der Vorbereitung der eigenen Aktionen der Arbeiterschaft in der öffentlichen Meinung ihrer Länder und besonders der ihren Regierungen sich für die Durchführung der Beschlüsse der zweiten Völkerverbundtagung einzusetzen. Sie weisen dabei darauf hin, daß nach der Abrüstung Deutschlands die Berufung einer deutschen Persönlichkeit des politischen, gewerkschaftlichen oder Wirtschaftslebens in die Abrüstungskommission geeignet ist, die Arbeit dieses Ausschusses zu fördern, der die Abrüstungspläne auszuarbeiten hat. Zugleich sollte die Konferenz für die Umwandlung der alliierten Militärkommissionen in den besiegten Ländern in Ausschüsse des Völkerverbundes tätig sein und für die Ausdehnung des dem Völkerverbund gegenüber diesen Völkern zugehenden Rechtes zu Un-

tersuchungen militärischer Art auf alle Völkerverbundmitglieder. Die deutschen Friedensverbände erinnern zugleich daran, daß das wirksamste Argument der Gegner einer europäischen Landabrüstung das Fehlen Deutschlands und Rußlands im Völkerverbund ist und ersuchen daher die Konferenz, überall auf die Arbeiterschaft im Sinne der Unverletzlichkeit des Völkerverbundes einzuwirken.

Deutsche Liga für Völkerverbund. — Deutsche Friedensgesellschaft. — Bund Neues Vaterland. — Bund der Kriegsdienstgegner. — Weltjugendliga (Verbund Deutschland). — Friedensbund der Kriegsteilnehmer. — Bund religiöser Sozialisten. — Deutscher Pazifistischer Studentenbund.

Die westungarische Frage

Im Ausschluß für Leuchters des deutsch-österreichischen Nationalrats sprach am Donnerstag Bundeskanzler Schober über den Stand der westungarischen Frage. Er führte dabei aus, Ungarn habe bisher den Standpunkt vertreten, das Protokoll von Benedig besitze bindende Rechtskraft. Aus der Einladung der Völkerverbundkonferenz, das Abkommen zu ratifizieren, gehe jedoch hervor, daß die Völkerverbundkonferenz der entgegengeleiteten von Oesterreich vertretenen Ansicht sei, d. h., daß das Protokoll von Benedig erst nach Genehmigung durch das Parlament den Charakter eines bindenden Vertrages erhalte. Der Akt der Ratifizierung des Benediger Protokolls kann und wird von Oesterreich nur dann erfolgen, wenn das Protokoll zuerst durch die notwendigen Zusatzbestimmungen über die Oedenburger Abstimung ergänzt werden wird. Der Ausschluß schloß sich dieser Erklärung an.

Von ungarischer Seite werden täglich Meldungen verbreitet, daß die Banden im westungarischen Gebiet aufgelöst und zu friedlicher Beschäftigung zurückgeführt seien. Wie wenig Glauben diese Meldungen bingemessen ist, geht aus der Tatsache hervor, daß in dem geplanten Abstimmungsgebiet um Oedenburg ungarische Elemente von Haus zu Haus ziehen und die Bewohner unter Androhungen zur Stimmabgabe für Ungarn zu verpflichten versuchen. Die öffentliche Abstimmung, die von der ungarischen Regierung gefordert wurde, ist von der Interalliierten Generalkommission abgelehnt worden. Die Abstimmung ist aber geheim.

Es sind Verhandlungen über die von der Interalliierten Generalkommission ausgearbeiteten Vorschlagsbestimmungen im Gange, über deren Inhalt offiziell noch nichts bekannt ist. Einen breiten Raum in den Erörterungen wird die Frage der Uebernahme des westungarischen Gebietes einnehmen. Die Vorbereitungen zur Besetzung des Gebietes sind bereits getroffen. Die Uebernahme wird diesmal unter einheitlicher militärischer Oberleitung erfolgen. Die Zivilverwaltung wird der Militärmacht unterstellt werden.

Gorthy scheut die Wahrheit

Am Ende des vorigen Jahres hat die ungarische Regierung eine Untersuchungskommission des internationalen Arbeitsamtes nach Ungarn eingeladen, um die über den weichen Terror verbreiteten Nachrichten zu prüfen. Die Kommission hat nach Beendigung ihrer Arbeiten einen Bericht veröffentlicht, der feststellt, daß die Gewerkschaften von der Regierung aufgelöst, ihr Vermögen konfisziert, ihre Führer verhaftet wurden. Die ungarische Regierung hat nun die Zensur angewiesen, die Veröffentlichung dieses Berichtes in Ungarn nicht zuzulassen.

Die königliche Staatsanwaltschaft hat auf Grund des Gesetzes vom Säuße des Königtums ein Verfahren gegen sämtliche Mitglieder der republikanischen Partei eingeleitet. Die beiden Präsidenten der Vereinigung, Dr. Georg Nagy und Emerich Beer, die sich weigerten, die Namen der Parteimitglieder anzugeben, wurden verhaftet, eine Hausdurchsuchung bei ihnen vorgenommen und ihre ganze Korrespondenz beschlagnahmt.

Ein Mitschuldiger am Erzberger-Mord?

Selbstmord vor der angeblich bevorstehenden Verhaftung

In der Nacht auf heute hat sich in einem Berliner Lokal, den früheren Prachsalen in der Residenzstraße, ein junger Kaufmann namens Adolf Knade erschossen. Wie es heißt, soll der Genannte vor seiner Verhaftung im Zusammenhang mit der Ermordung Erzbergers gestanden haben.

Nach Erkundigungen, die wir im Polizeipräsidium eingezogen haben, sind dort nähere Einzelheiten über die vorläufig noch vollkommen mysteriöse Angelegenheit nicht bekannt. Die Akteileitung ist, die die Angelegenheit bearbeitet, verweigert jede Auskunft.

Die Persönlichkeit des Selbstmörders ist identisch mit dem am 28. März 1899 in Bielefeld geborenen Kaufmann Knade. Seine bisherige Wohnung konnte noch nicht ermittelt werden. Der Selbstmord erfolgte auf der Toilette des genannten Lokals. Zur Tat wurde eine Armeepistole benützt. Die Leiche ist ins Schauhaus überführt worden.

Kurz vor Redaktionsschluss teilt M.B. mit, daß der junge Mann eine Fehde von 2000 M. gemacht, die er nicht bezahlen konnte, und daß er nur deswegen seinem Leben ein Ende machte. (Wozu dann die Geheimnisthäterei im Polizeipräsidium?)

Wo bleibt der Siedlungsdirektor?

Wir haben bereits vor einiger Zeit auf die unerhörten Verschleppungsversuche hingewiesen, die die Wahl des Siedlungsdirektors verhindert haben. Inzwischen haben diese Verschleppungsversuche weiter gedauert, so daß jetzt dadurch die Neubautätigkeit für 1922 in Frage gestellt wird. Diese Zustände haben selbst ein Blatt wie die „Völkische Zeitung“ zu einem Protest veranlaßt, und zwar auch deshalb, weil man an Stelle eines Volkswirts bzw. eines Technikers neuerdings einen Künstler in Aussicht genommen hat. Das Blatt schreibt zu der Kandidatur des Professors Janzen:

„Weder Stadtbaurat Hoffmann noch Prof. Hermann Janzen sind durch Arbeiten auf dem Gebiet des Siedlungswesens hervorgetreten, jener ist Baukünstler und hat sich überwiegend dem Monumentalbau zugewandt, dieser ist durch Stadterweiterungspläne und Straßendurchbrüche bekannt geworden. Um beides handelt es sich bei der zu besetzenden Stelle nicht, sondern um eine wirtschaftliche Tätigkeit auf dem Gebiete des Wohnungs-, besonders des Kleinwohnungsbaues und der Kleinwohnung. Schon das Ergebnis des Ausschreibens zeigte, daß der normale Stadtbaukünstler hier kein Feld für seine Tätigkeit findet. Erst zu nehmende Bewerber um das richtig erkannte Amt (die Bezeichnung Stadtbaurat führt irrt) waren daher nur wenige. Inzwischen hat sich die Anzahl auf einen vermindert, Dr. Ing. Gunder. Auch Geheimrat Hoffmann und Professor Hermann Janzen haben in der langen Zeit seit der Ausschreibung keinen Gegenkandidaten aufgestellt, wenigstens ist ein solcher nicht öffentlich genannt worden. Nun ist Dr. Gunder Sozialist und wird von den linken Parteien geliebt, gegen die ein von den Herren Hoffmann und Janzen benannter Bewerber kaum durchzugehen sein dürfte. Es läßt sich wohl auf neue monatliche Verhandlungen, Verzögerungen, mit einem Wort auf des Spiel hinter den Kulissen hinaus. Darüber verlaufen die nicht allzu reichlich vorhandenen Wochen, bis die Vorbereitung des Bauens im Jahre 1922 erledigt sein muß. Gelingt es Geheimrat Hoffmann nicht, in wenig Tagen einen Kandidaten zu fin-

den und durchzubringen, so ist auch das kommende Baujahr für Groß-Berlin verloren. Die daraus entstehenden Gefahren dürften aber dann das Reich veranlassen, über die Selbstverwaltung der Stadt Berlin hinweg das Notwendige zu veranlassen. Der Posten des General- Wohnungs- und Siedlungsdirektors für Berlin hat längst aufgehört, eine wesentlich sachliche oder politische Frage zu sein und ist zu einer persönlichen geworden. Man braucht keineswegs in politischer Beziehung mit Dr. Gutkind übereinzustimmen und kann die aus dem Kampf gegen ihn sich ergebende Folge der Verdrängung der Angelegenheit doch für außerordentlich bedauerlich halten.

Wir stimmen diesen Bemerkungen durchaus zu und halten es für die dringende Aufgabe, sowohl der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen als auch der sozialistischen Parteien, der Stadtverordnetenversammlung, mit aller Entschiedenheit darauf zu drängen, daß nun endlich der Posten des Siedlungsdirektors besetzt wird. Es wäre nicht zu verantworten, wenn wegen persönlicher Eifersüchtelei oder ähnlichen Gründen, die Wahl des Siedlungsdirektors weiter verzögert wird. Sie ist die Voraussetzung für die Neubautätigkeit. Diese aber muß erfolgen, wenn nicht eine Katastrophe im Wohnungswejen eintreten soll.

Der Reigen der Mäder

Was die Sachverständigen sagen

Nachdem gestern endlich der letzte Belastungszeuge gehört worden war, erhielten die Sachverständigen der Verteidigung das Wort. Felix Holländer, Ludwig Fulda, Alfred Kerr, Prof. Klaar und andere Theater- und Literaturlaute waren es, die sich der Aufgabe unterzogen, die Mäder zu widerlegen. Es fiel ihnen nicht schwer. Herr Prof. Brunner, Kronzeuge des Staatsanwaltes und Kergernisnehmer von Beruf, erlebte eine Blamage, wie sie blamabler kaum möglich ist. Wenn es so etwas wie eine moralische Anklagebank gäbe, hätte er die Fingerringe verlassen und dort Blay nehmen müssen, in (versteht sich) keuschelein Verein mit den anderen Zeugen und Zeuginnen, die seines Geistes voll, teils präde, teils antisemitisch, nun schon seit Tagen die Heiterkeit Europas erregen.

Sachverständiger Ludwig Fulda, vereidigter Sachverständiger für dramatische Literatur an den drei Berliner Landgerichten, war von Frau Enfold eingeladen worden, die Generalprobe zu besuchen, da gegen die Aufführung des Stückes Bedenken erhoben wurden. Er habe auf der Generalprobe den überraschenden Eindruck gehabt, wie man dieses Werk in absolut einwandfreier Weise auf der Bühne verkörpern konnte. Niemand könne etwas Dargestelltes unächtigt werden durch etwas, was nicht dargestellt wird, sonst würde ein großer Teil unserer klassischen Meisterwerke und Werke der modernen Literatur für unächtigt erklärt werden müssen. Dieses, was auf Berliner Bühnen zu sehen ist, sei viel pikantier, verfänglicher und frivoler sowohl in bezug auf das Stück, als auch auf die Darstellung, als was der „Reigen“ bietet. Er erinnere ferner an die Aufstellungen des Geschlechtsalters, wie sie im „Kaufmann von Sevilla“, in „Romeo und Julia“, in Hebbels „Judith“, in Wagners „Walküre“ vorkommen. Das Buch der „Walküre“ hatte seinerzeit Schopenhauer vorgelesen, und dieser schrieb hinter Wagners Bemerkung „Der Vorhang fällt schnell“ die Bemerkung: „Es war aber auch die höchste Zeit!“ Die Kunst sei doch dazu da, alles, was im Leben uns anlockt oder abstößt, zu zeigen. Die Kunst habe nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, auch die Schattenseiten des Lebens zu behandeln.

Der Sachverständige Baron zu Puttkitz hat sich in seiner Eigenschaft als Präsident des Deutschen Bühnenvereins mit der Aufführung des „Reigen“ beschäftigt. Puttkitz hat bei den wiederholt von ihm besuchten Vorstellungen nie einen Moment das Gefühl des Zwitscherens gehabt. In dem Bestreben, möglichst bezogen zu spielen, habe sich nach seiner Empfindung vielmehr eine gewisse Langeweile eingeschlichen.

Der Sachverständige Professor Klaar hat nichts als unsittlich oder anstößig empfunden, von unächtigen Bewegungen nichts gesehen. Im Leben spielen sexuelle Vorgänge eine gewisse Rolle und in allen Dramen, von Sophokles bis Gerhart Hauptmann, werden solche auf die Scene gebracht. Von einem unsittlichen Drama könne hier nicht die Rede sein.

Der Sachverständige Alfred Kerr richtet zunächst an den Staatsanwalt die Frage, weshalb denn nicht auch die Musiker, die Geiger und Violinen, die ebenfalls bei einer etwaigen unsittlichen Handlung mitgewirkt hätten, unter Anklage gestellt worden seien. Der Staatsanwalt erwidert, ihre Mitwirkung sei so untergeordneter Natur gewesen, daß sie nicht zur Kenntnis der Staatsanwaltschaft gelangt sei. Der Sachverständige vertritt sich sodann zunächst über die Stimmung, aus der heraus das Buch „Der Reigen“ entstanden sei, das er in der Handschrift des Dichters vor einem Vierteljahrhundert bereits gelesen hat. Auf ihm ist es zurückzuführen, daß das Stück nicht den von Schiller zuerst gewählten Titel „Liebesreigen“ behielt, der dem Sachverständigen zu weit ping, da von Liebe nicht darin die Rede ist. In dem „Reigen“ liege eine schwermütige Stimmung, und der Dichter sage nicht „das ist schön“, sondern „da hab ich die Besetzung, so geht es!“ In den sexuellen Vorgängen erblickt Kerr keine Unzüchtigkeit, wenn auch von einer „Heiligkeit“ nichts zu

spüren sei. Im übrigen sei das Reich der Kunst keine Kinderstube. Es gilt unsere Kinder so zu erziehen, daß sie durch solche Werke nicht verdorben werden können.

Die weiteren Sachverständigen schließen sich im wesentlichen den Ausführungen Fuldas an. Dr. Lindenau weist noch darauf hin, daß er bei dem Publikum nichts von einer schwülen Erotik gespürt habe.

Die Verhandlung wurde darauf auf Sonnabend, 9 Uhr vormittags, vertagt.

Deutschnationale Kultur

Von einem Jugendgenossen wird uns geschrieben: Als wir von der Revolutionsgedenke der U. S. F. Schöneberg-Friedenau kamen, schlossen wir uns zu einem Zuge zusammen und sangen unsere Kampflieder. In der Kolonnenbrücke ließen uns zwei „Grüne“ entgegen und verboten uns das Singen, was wir ablehnten, da es erst 1/2 Uhr war. Ein älterer Genosse unterstügte uns und gab uns recht, dafür wurde er sofort festgenommen. Dann zog ein kleiner Teil von uns nach der Schule Martin Lutherstraße, Ecke Grunewaldstraße zur Versammlung der Deutschnationalen. Diese hatten einen großzügigen Saalshüh organisiert. Es waren durchwegs Mitglieder des Deutschen Saal- und Truh-Bundes sowie der Einwohnerwehr. Als wir, etwa 15 an der Zahl, in die Aula gehen wollten, stürzten sich etwa 100 Personen mit Gummiknüppeln, Revolvern, Spazierstöcken und Eisenstangen gegen uns. Ein Jugendgenosse erhielt mit einer Eisenstange eins über den Kopf, daß er ohnmächtig zusammenbrach. Alle anderen wurden gleichfalls mißhandelt. Als mehrere Jugendliche fliehen wollten, kamen ihnen „Grüne“ entgegenstürzten und riefen ihnen mit vorgehaltenen Revolvern zu: „Stehen bleiben oder es wird geschossen!“ Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß es Herr Wulle war, der in der betreffenden Versammlung referierte, natürlich ganz zufälliger Weise am 9. November, dem Geburtstag der Republik. Wir haben wieder einmal gesehen, was es mit der deutschnationalen Kultur auf sich hat, deren Apostel der Bursche ist. Daß er so eifrige Anhänger bei der Schupo hat, wußten wir allerdings noch nicht. Was sagt der Herr Polizeipräsident dazu?

Der erste Schnee. Vor den Toren Berlins liegt bereits Schnee! In den Vororten und weiter hinaus amüsieren sich bereits die Kinder und auch Erwachsene mit der Ausübung des Schneeschuh- und Schlittensports. Der Grunewald und andere Wälder bieten jetzt ein seltenes Bild. Überall schimmert das unbedeckte Weiß. Nur an einigen Stellen hat die Sonne den Schnee zum Schmelzen gebracht.

Sittlichkeitsverbrechen an einem Schulmädchen. Das zwölfjährige Schulmädchen Erika Wolff, das gestern vom Schulbesuch nicht zurückkehrte, wurde in einem Keller des Hauses Wagnersstraße 41 in Lichtenberg gefesselt und geknebelt aufgefunden. Ein junger Mann, dessen Name noch nicht festgestellt werden konnte, befand sich bei dem Mädchen. Er wurde verhaftet, da der dringende Verdacht eines Sittlichkeitsverbrechens gegen ihn besteht. Die Beamten des Polizeiamts Lichtenberg sind noch mit der Aufklärung des Falles beschäftigt.

Kein Verbrechen. Der unter dem Verdacht, seine Geliebte, Minna Kettig, umgebracht zu haben, verhaftete Schullehrer Kirchhof aus Glasow bei Mahlow ist, wie bereits berichtet, wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei und die Leichenöffnung haben nunmehr ergeben, daß zweifellos Selbstmord vorliegt. Der Lehrer war durch den für ihn unangenehmen Vorfall so klopslos geworden, daß er sich durch sein Verhalten verdächtig gemacht hatte.

Städtisches Marionettentheater Reinkindorf. Am Donnerstag, den 10., und am Sonnabend, den 12., nachmittags 4 Uhr, findet in der „Jugendhalle“ (Seebad), Reinkindorf, 49, eine Marionetten-Theatervorstellung statt. Gespielt wird: „Koselinde, das Wundertier des Röhrenfürsten“, von Dr. Paul. Der Eintrittspreis beträgt für Kinder 75 Pfg., für Erwachsene 1,50 M.

Das neue Kabel Rheinland-Berlin. Gestern sind von dem großen neuen Kabel Rheinland-Berlin zwei Leitungen provisorisch in Betrieb genommen worden. Infolgedessen machen sich, da die ortsnahen Stürme in den letzten Tagen in den Fernleitungen erhebliche Schäden verursacht haben, die Verzögerungen im Fernsprechverkehr zwischen Berlin und dem Rheinland nicht so unangenehm bemerkbar wie in anderen Teilen des Reiches.

Erweiterung der Schulambulanz in Lichtenberg. Um den Nutzen der Einrichtungen der städtischen Schulambulanz in Lichtenberg auch der Schullugend der angrenzenden früheren Ortschaften Friedrichsfelde-Karlshorst, Mahlowitz, Biesdorf, Kaulsdorf, Watzdorf, Hellsdorf und Wuhlertengarten zuteil werden zu lassen, ist eine Erweiterung der Klinik vorgenommen worden. Dem Zahnklinikleiter Dr. Klein stehen nunmehr 2 Zahnärzte und 3 Schwestern zur Seite, die Zimmerzahl (darunter 2 schöne Behandlungsräume mit 3 Operationstischen) ist von 4 auf 9 vermehrt worden. Die Ausdehnung der nach Möglichkeit kostenfreien Behandlung auf die Schulkinder aller Schulanstalten des Verwaltungsbezirks ist in Aussicht genommen.

Vorausechtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Sonnabend, Trocken und übermäßig heiter, nur vorübergehend starker bewölkt, bei gelindem Frost und ziemlich frischen östlichen Winden.

Gewerkschaftliches

Die unteren Beamten gegen die Befolgsordnung

Wie tief die Erregung der unteren Beamten über die neue Befolgsordnung ist, bewies die am 10. November stattgefundene öffentliche Protestversammlung der Befolgsgruppen I bis VII. Lange vor Beginn war der große Saal der Neuen Welt überfüllt und mußte in Allems Festhalten eine Parallelversammlung tagen. Falkenberg wies die Ungerechtigkeit nach, die darin liegt, daß den höheren Beamten Zulagen gewährt werden, die das Gesamteinkommen der Unterbeamten übersteigen, während diese eine völlig unzureichende Aufbesserung ihres Gehaltes erfahren. Die Organisationen müssen sofort mit der Regierung in neue Verhandlungen eintreten, die gesamte Beamtenenschaft hat sich dann mit aller Geschlossenheit hinter ihre Vertreter zu stellen und die Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen zu erleämpfen. Die Frage, woher die Regierung das Geld nehmen soll, ist sehr einfach zu beantworten: Durch Festerzeugung aller Vermögensgüter. Die Regierung darf den Bogen nicht überspannen, die Not und das Elend in der Beamtenenschaft sind auf das höchste gestiegen.

Nach der Feststellung, daß die Beamten gewillt sind, mit allen Mitteln ihre berechtigten Forderungen zu vertreten, fand diese Kundgebung ihr Ende.

Eine „radikale“ Firma

Uns wird geschrieben: Die Firma „Photo-Manufaktur“, Falkisches Ufer 9, Inhaber Herr Regierungsrat und Baurat Fischer, mit dem Geschäftsführer Herrn August Bome, ein ehemaliges langjähriges Vorstandsmitglied des Verbandes der Lithographen, Steinbildner und verw. Berufe, sollte nach einjährigem Bestehen seinen gelehrten Photographen die neubewilligten Tariflöse, das heißt Mindestlöhne, bezahlen. Nachdem das Tarifiati die Firma verurteilt hatte, wurde den Schlichter der fürchtbar hohe Lohn von 355 M. pro Woche noch verweigert. Der zweite Betriebsobmann wurde, nachdem das Tarifiati gesprochen hatte, weil er 7 Minuten zu spät zur Arbeit kam, am Abend zwangslos entlassen. Die übrige Kollegenschaft trat am 28. Oktober, weil die Entlassung nicht zurückgenommen wurde, in den Streik. Nun sah sich der oben genannte Herr Bome genötigt, da er früher einer der Radikalen im Vorstand des Verbandes war, mit Hilfe der Sipso Streikbrecher einzustufen. Was sagen die Behörden und die Regierung zu einer solchen Firma, deren Inhaber ein ordentlicher Regierungsrat und Baurat ist?

Konferenz zur Besprechung von Fragen der gewerkschaftlichen Jugendarbeit. Das Protokoll über die Verhandlungen dieser am 19. und 20. August in Kassel abgehaltenen Konferenz ist bei der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Berlin S.O. 16, Engelstraße 24) losben erschienen. Es besteht aus fünf Bänden über die einzelnen Referate und die Aussprache darüber und bringt die Beschlüsse im Wortlaut. Der Preis der 32 Seiten starken Schrift beträgt im Buchhandel 3,20 Mark, für Gewerkschaftsmitglieder durch die Organisationen bezogen 1,60 M.

Berichtigung. Zu der in der Morgenaustrage der „Freiheit“ vom 3. November veröffentlichten Notiz: „Achtung Buchdrucker!“ teilt uns der Verband Berliner Metallindustrieller mit, daß die Behauptung, die Entlohnung der in den Hausdruckereien der Metallindustrie beschäftigten Buchdrucker, sei zurzeit bis 100 Mark unter dem Tariflohn unrichtig ist. Die Buchdrucker in den Hausdruckereien der Metallindustrie unterlagen dem mit dem Metallarbeiterschaft abgeschlossenen Tarifvertrag vom 4. Mai 1921, den der Verein Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer unter dem 15. Juni 1921 als in allen Teilen für ihn verbindlich unterzeichnet und erkannt habe. Dieser Tarifvertrag sei bisher nicht fristgerecht kündigt worden und bestehe daher zurzeit noch fort.

Parteiveranstaltungen

10. Okt. Karlens für Parteivorbereitung am 20. November und Hochgeschwindigkeit des Arbeiter-Vorbereitungsbundes in der Schulstraße 30, Die Arbeiter des Schneeschuh- sind in der Exhibition Straße, Straße 60, zu haben.

Sonnabend, 12. November

L. S. E. Schrift 2. Verwaltungsbereich. Die Kosten des Umwandlung des Parteivertrages, Neues Kämpfe, in den Arbeiterstr. 21, Seiten 1, 1. 1. Umwandlungen für die weiße Seite sind fertig zu richten.

Sonntag, 13. November

1. Verwaltungsbereich, 7. Bezirk, Altenteil. Vermittlung Handgriffe abholen beim Umwandlungsbereich, Straßenstr. 19.

Bereinskalender

Sonntag, 13. November

Freireisende Gewerbe, vorm. 11 Uhr, Rathaus, Königstraße, Vortrag des Herrn Prof. Dr. K. Halle: Der nationale Sozialismus als wirkende Ursache der Volkserregung, Deswegen: Offenlegung (Geld), Gabe willkommen.

Tausch und Sportverein „Frisch“, Generalsammlung des Vereins in der Kurl Weimertstr. 16-17, pünktlich 9 Uhr morgens.

Verantwortlich für Inhalt und Redaktion: Dr. E. Lech, Berlin-Gröden; Dr. K. Halle, Berlin; Dr. R. K. Halle: Der nationale Sozialismus als wirkende Ursache der Volkserregung, Deswegen: Offenlegung (Geld), Gabe willkommen; Dr. K. Halle, Berlin; Dr. R. K. Halle: Der nationale Sozialismus als wirkende Ursache der Volkserregung, Deswegen: Offenlegung (Geld), Gabe willkommen.

Höhensonnenbehandlung

Diathermie, Licht, Vierzellenbäder usw. gewähren größte Heil-Erfolge gegen Grippe und Erkältungen aller Art, rheumatische und nervöse Leiden, Schlaflosigkeit, Blutermut und viele andere Krankheiten. 15 Behandlungen von M. 20,- an. Prospekte und Auskünfte kostenlos. Elektromedizinische Anstalt ersten Ranges unter Leitung von Aerzten, auch einer Aerztin und MSNen-Sonnenbad Oranienstr. 37

Soeben erschienen! III. erweiterte Auflage



Kaufangebote

- Billige Bettwäsche! Dreiecksbezug 75,-, Rosen 24,-, Beizeken 40,-, Bunte Beizeke 90,-, Handtücher, Wäschehöfe Engrospreise, Bezug reich, nach Fertigstellung, kein Verkauf, Bestellungstr. 88 (Hauptstr. Elektrizität, Geflügel bis 7, Großes Geschäftsbüro mit Detailverkauf.
- Bunte, Schlüpf, Wollst. an. Kommandant 155,-, elegante Damenmüli 120,-, Krausbüsch 180,-, w. Wicknauwahl in jeder billigen Preisen in jeder Qualität, keine Bombardiere, Berlin Haus Vorlagener Str. 47, Wagners.
- Berrenhülle 68.50. Erst Verlebungserzeugt knistert Form, best Qualität für abgeraspeltes Preis, Preisformvertrieb H. Bruns, Eigenstr. 76, Eingang Wilhelmstr. 1.
- Handtaschen! Krausbüsch 90,- an, Knäufel 20,-, Knäufel, Waschbüsch, leichte Taschen in jeder Qualität, Preisformvertrieb, Berlin Haus Vorlagener Str. 47, Wagners.

Kleine Anzeigen

Das Heberdriftwort 2.- M., jedes weitere Wort im Text 1.50 M. netto; Seilschlinge: Heberdriftwort 1.50 M., jedes weitere Wort im Text 1.- M.

Verkäufe

- Billige Bettwäsche! Dreiecksbezug 75,-, Rosen 24,-, Beizeken 40,-, Bunte Beizeke 90,-, Handtücher, Wäschehöfe Engrospreise, Bezug reich, nach Fertigstellung, kein Verkauf, Bestellungstr. 88 (Hauptstr. Elektrizität, Geflügel bis 7, Großes Geschäftsbüro mit Detailverkauf.

Verfäulnisse

- Berrenhülle 68.50. Erst Verlebungserzeugt knistert Form, best Qualität für abgeraspeltes Preis, Preisformvertrieb H. Bruns, Eigenstr. 76, Eingang Wilhelmstr. 1.

Verfäulnisse

- Handtaschen! Krausbüsch 90,- an, Knäufel 20,-, Knäufel, Waschbüsch, leichte Taschen in jeder Qualität, Preisformvertrieb, Berlin Haus Vorlagener Str. 47, Wagners.

Verfäulnisse

- Handtaschen! Krausbüsch 90,- an, Knäufel 20,-, Knäufel, Waschbüsch, leichte Taschen in jeder Qualität, Preisformvertrieb, Berlin Haus Vorlagener Str. 47, Wagners.

Handtaschen! Krausbüsch 90,- an, Knäufel 20,-, Knäufel, Waschbüsch, leichte Taschen in jeder Qualität, Preisformvertrieb, Berlin Haus Vorlagener Str. 47, Wagners.

Handtaschen! Krausbüsch 90,- an, Knäufel 20,-, Knäufel, Waschbüsch, leichte Taschen in jeder Qualität, Preisformvertrieb, Berlin Haus Vorlagener Str. 47, Wagners.